

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**12.01.2023
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Kinder- und Jugendbeteiligung auf Landes- und kommunaler Ebene ausbauen**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Bezeichnung Freiwillige Transferleistungen

Produktnummer 070 neu Bezeichnung Kinder- und Jugendbeteiligung auf Landes- und kommunaler Ebene ausbauen

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produktterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	0	750.000	750.000

Liquidität			
Einnahmen			
Ausgaben			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktserfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	0	750.000	750.000
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

In Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention heißt es: „Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“ Auf der kommunalen Ebene, im Land wie in Kitas, Schulen und freier Kinder- und Jugendarbeit ist es notwendig, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auszubauen.

Die Hessische Union zur Stärkung von Kinder- und Jugendinteressen (HUSKJ) hat ein Parlamentarisches Diskussionspapier zur Gründung eines Hessischen Kinder- und Jugendparlaments (HKJP) vorgelegt. Auf der Basis dieses Vorschlags muss zügig ein Umsetzungsverfahren etabliert werden. Der seitens der schwarzgrünen Landesregierung angekündigte Landesjugendkongress erfüllt diese Aufgabe nicht. Vielmehr handelt es sich um eine jährliche Zusammenkunft mit Eventcharakter, die keinen Ansatz einer strukturierten und dauerhaften Mitarbeit an politischen Entscheidungsfindungen durch Kinder und Jugendliche bietet.

Um dem Ziel einer wirklichen Kinder- und Jugendbeteiligung näher zu kommen, wird eine Stabsstelle zur Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Hessen beim HMSI errichtet. Diese wird an die Landesbeauftragte für Kinder- und Jugendrechte angedockt. Die Stabsstelle dient zugleich als Geschäftsstelle eines zu bildenden HKJP und unterstützt den Aufbauprozess. Des Weiteren soll sie als Unterstützungsbüro für Kommunen und kommunale Bestrebungen zur Stärkung der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen dienen. Hierfür sollen Erfahrungen aufbereitet und gute Ergebnisse verbreitet werden. Für bereitwillige Kommunen sollen zudem Anschubfinanzierungen für Kinder- und Jugendbeteiligungsformate geleistet werden können.

Wiesbaden, 12.01.23

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske